

28.06.2007



RESOLUTIONSANTRAG

des Abgeordneten Doppler

zur Vorlage der Landesregierung betreffend Rechnungsabschluss des Landes Niederösterreich für das Jahr 2006, Ltg.-903/R-1/4-2007

betreffend **Politische Bildung**

Dem Landtag liegen Novellen zur NÖ Landesverfassung, NÖ Landtagswahlordnung und NÖ Gemeinderatswahlordnung bezüglich Einführung der Briefwahl, Wählen mit 16 und Wahlrecht für Auslandsniederösterreicher bei der Landtagswahl vor. Diese gesetzlichen Änderungen sollen so zeitgerecht vom Landtag beschlossen werden, dass bei der nächsten Landtagswahl diese demokratiepolitischen Verbesserungen bereits in Geltung sind. Das Wählen mit 16 macht entsprechende Begleitmaßnahmen im Bereich der Politischen Bildung an unseren Schulen erforderlich.

Dies gilt vor allem für die Sekundarstufe 1, in der bisher Politische Bildung praktisch nicht vertreten war. Es sollen möglichst noch in diesem Sommer entsprechende Lehrplanänderungen vorgenommen werden, damit möglichst bald mit einem verstärkten Unterricht in Politischer Bildung begonnen werden kann. Dazu wird in den Lehrplänen der Hauptschule die Einführung einer Verbindlichen Übung „Politische Bildung“ im Ausmaß von 2 Jahreswochenstunden in der 3. und 4. Klasse angeregt, die auch geblockt oder integriert in den Unterricht von anderen Pflichtgegenständen geführt werden kann. Der Unterricht in den 3. und 4. Klassen AHS sollte ebenfalls mit einer zusätzlichen Wochenstunde Geschichte / Politische Bildung verstärkt werden.

Für die 9. und 10. Schulstufe wird in allen Polytechnischen Schulen, AHS und BMHS die Einführung eines Pflichtgegenstandes Zeitgeschichte und Politische Bildung

angeregt. Für diese verbindliche Übung und dem zusätzlichen Pflichtgegenstand wären auch entsprechende Personalressourcen zur Verfügung zu stellen.

Des Weiteren sollen für die betroffenen Lehrer zusätzliche Angebote der Lehrerfortbildung zur Verfügung gestellt werden, damit diese entsprechend auf die neue Situation des aktiven Wahlalters mit 16 vorbereitet werden können. Auch die dafür notwendigen Kosten müssten, aufgrund der Wichtigkeit und Dringlichkeit des Anliegens, zusätzlich zur Verfügung gestellt werden.

Der Gefertigte stellt daher den

A n t r a g :

Der Hohe Landtag wolle beschließen

„Die Landesregierung wird aufgefordert im Sinne der Antragsbegründung beim Bund zu fordern, dass raschest an den Schulen die Voraussetzungen für den verstärkten Unterricht in Politische Bildung geschaffen werden.“